Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 11. November 2014

Pressemitteilung

Zwangsschlichtung: Neuer Angriff aufs Streikrecht

Zu den Vorschlägen der CSU, Zwangsschlichtungen bei Tarifverhandlungen einzuführen, erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte:

Mit ihrer Forderung, Tarifpartner in Zukunft per Gesetz zu einer Schlichtung zu zwingen, greift die CSU tief in die Klamottenkiste. Die Christsozialen lassen damit die Weimarer Republik wiederauferstehen. Denn nur direkt nach dem Ersten Weltkrieg in den Zeiten schwerster Inflation schränkte der Gesetzgeber die Tarifautonomie mit verordneten Zwangsschlichtungen ein.

Heute reicht der CSU ein Bahnstreik, um den Zwang zur Schlichtung bei Belangen der Daseinsvorsorge zu fordern. Bisher ging es der Großen Koalition bei der gesetzlichen Tarifeinheit um die Berufsgewerkschaften. Mit diesem Vorschlag nimmt die CSU das Streikrecht aller DGB-Gewerkschaften ins Visier. Scheinbar wollen die Christsozialen in der Union die Gunst der Bahnstreik-Stunde nutzen, um die Weichen beim Streikrecht neu zu stellen. Das ist ein weiterer Angriff auf das Streikrecht.

Das ist grotesk. Deutschland ist ein vergleichsweise streikarmes Land. Da sorgt ein Bahnstreik noch nicht für englische Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund muten die Forderungen der CSU absurd und völlig überzogen an.